

Rede zur Beratung des Kreishaushalts 2014

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Herr Hermanns, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

im September hat unser Kreistag eine Exkursion nach Vorarlberg gemacht und hat dabei mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Vorarlberg mit Hilfe von 101 „enkeltauglichen Maßnahmen“ bis 2050 energieautonom werden will. Unter dem Fokus „enkeltauglich“ möchte ich für die Grüne Fraktion folgende Punkte in den Fokus nehmen:

- **Die Investitionen**

Spannend ist ein Blick auf die Investitionen eines Landkreises. Da werden Akzente gesetzt. Da wird politisch gestaltet. 2014 investieren wir fast 30 Mio, d.h. ein Zehntel des Haushaltsvolumens: € 6,38 Mio für unsere Schulen, (Elektronikschule TT / Berufsschulzentrum FN / Zuschuss Zeppelin-Universität). Technologische Erneuerung, energetische Sanierung sind eine Investition in Bildung und in die Zukunft: enkeltauglich! Auch die Schuldentilgung von 5 Mio ist richtig. Mit Bauchweh tragen wir Grüne eine weitere Kapitaleinlage in Höhe von 3,46 Mio für den Flughafen mit, die auf Grund der wirtschaftlichen Situation unumgänglich geworden ist, wenn der Flughafen als Teil unserer Verkehrs-Infrastruktur erhalten bleiben soll. Die Frage bleibt: wo geht die Reise hin nicht vom, sondern mit dem Airport FN? Interessant ist die Kategorie „Straßenbau und Naturschutz“: dafür geben wir alles in allem 7 Mio aus. Ich frage mich, warum werden Natur und Straßenbau hier zusammengefasst? Wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen? Wieviel geht hier tatsächlich in den Naturschutz? Vermutlich ein verschwindend kleiner Teil, der sich aber nach mehr anhören soll! Natur- und Landschaftsschutz sind kein Luxus, sondern sichern die Lebensgrundlage unserer Enkel. Dass ein Gutteil der Summe v.a. die Ausbesserung und Sanierung von Straßenbelägen und Brücken, ist wichtig, denn ohne Instandhaltung wird die Infrastruktur marode. Das zeigt aber auch: Instandhaltung kostet, und jede neue Straße, die gebaut wird, verursacht in der Folge entsprechende Unterhaltungskosten. € 500.000 sind für Radwege vorgesehen - hört sich gut an – leider bekommt man dafür nur wenige Radwegenkilometer. Deshalb hoffen wir Grüne, dass die 30.000 €, die für die Fortschreibung der Radwegekonzeption angesetzt sind, zum Bau von weiteren Radwegen führen. Außerdem regen wir an, dass der Landkreis, ähnlich wie für den Flughafen Geld in die Hand nimmt, auch hier zusätzlich zu investieren: Denn Radwege schützen unsere Kinder und Enkel.

Für den Kreistag in dieser Zusammensetzung ist das die 5. und letzte Haushaltsberatung. Dies möchte ich zum Anlass nehmen, um ein paar Entwicklungen anzusprechen:

- **Entwicklung Schuldenstand:**

Schuldenhöchststand war **2006** mit € 58.8 Mio; Ende **2014** stehen wir voraussichtlich bei € 33,3 Mio. D.h. in den letzten acht Jahren wurden die Schulden um fast 25 Mio gesenkt. Das ist beachtlich, auch wenn die Pro-Kopf-Verschuldung immer noch über dem Landesdurchschnitt liegt. Anerkennung und Lob an dieser Stelle gilt ausdrücklich der Verwaltung, v.a. dem Finanzdezernat und diesem Kreistag. Das haben wir gemeinsam geschafft, müssen wir dran bleiben. Ich stelle fest: eine weitere „enkeltaugliche Maßnahme“.

- **Entwicklung: Personal**

2014 überschreiten wir mit 814 Stellen erstmals die 800-Marke. Zur Erinnerung: nach der Verwaltungsreform hatten wir im Jahr 2006: 764 Stellen. Von da an ging es aufwärts bis 793 im vergangenen Jahr. Ich frage mich: wo bewegen wir uns hin, wenn die Verwaltung wächst und wächst? Dürfen wir dieser Entwicklung tatenlos zusehen?

Auf Anregung des Kreistags wurden Organisationsuntersuchungen in einzelnen Ämtern durchgeführt. Mancher hatte die Hoffnung, dass Aufgaben gestrafft und so die eine oder andere Stelle entfällt. Leider hat die Beratung fast immer einen Zusatzbedarf neuer Stellen konstatiert. Der Kreistag hat diese dann auch, z.B. im Jugendamt, bewilligt, weil der angemeldete Bedarf nachvollziehbar war. Ganz klar: wir müssen uns neuen Herausforderungen stellen und d.h. dann möglicherweise auch: neue Stellen einrichten. Aber müssen wir nicht im selben Maß kritisch darauf schauen, ob Aufgaben wegfallen können? Viel kritischer als bisher? D.h.: das Ziel müsste eher eine Umschichtung im Stellenplan als eine kontinuierliche Erweiterung sein. In 2014 fallen einige wenige Stellen weg, z.B. vom Jobcenter durch zurückgehende Fallzahlen – leider sind genau diese durch Transferzahlungen gegenfinanziert.

Eine teure Organisationsberatung hilft hier wohl nicht weiter. Auch der Kreistag kann nicht sagen, was wegfallen soll. Wir brauchen die Vorschläge aus Ihren Ämtern. In diese Richtung müssen wir künftig gemeinsam denken, alles andere ist auf Dauer nicht „enkeltauglich“.

- **Entwicklung der Kreisumlage:**

Der Bodenseekreis bewegt sich mit seiner Kreisumlage im unteren Drittel in Baden-Württemberg – auch dank regelmäßiger Ausschüttung aus den OEW-Anteilen. Diese sind inzwischen eingebrochen – eine Kehrtwende ist nicht in Sicht. Dennoch wurde in den letzten beiden Jahren die Kreisumlage reduziert um fast 5 % reduziert – guten Rechnungsabschlüssen und einer erhöhten Steuerkraftsumme sei Dank! Wir Grünen unterstützen diese Senkung - obwohl wir mit 70 Mio Kreisumlage den Betrag deutlich unterschreiten, den die Gemeinden dem Landkreis für soziale Aufgaben zahlen sollen. Bei € 80 Mio. Zuschuss an den Sozialhaushalt sind das € 10 Mio, die die Gemeinden im nächsten Jahr mehr zur Verfügung haben. Wir anerkennen damit, dass unsere Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren sehr viel investiert haben in den Ausbau der Kinderbetreuung. Mit einer Quote von 38% kann sich der Bodenseekreis sehen lassen. Auch das ist eine nachhaltige Investition in der Bildung unserer Kinder und Enkel.

Wenn Sie, Herr Landrat, in Ihrer Haushaltsrede bereits heute an die Solidarität der „kommunalen Familie“ appellieren, wissen Sie, dass dieser Kreistag für die nächsten Jahre gewaltige Investitionen beschlossen hat. Diese sind nur durch neue Darlehen und eine Erhöhung der Kreisumlage zu finanzieren. Diese soll bis zum Jahr 2017 auf über 38 % ansteigen. (Das Ganze ist nachzulesen im Plan auf S. 25) Viel Geld müssen wir für die Sanierung des alten Landratsamts in die Hand nehmen, aber das Gros der Investitionen liegt im Straßenbau. Sie wissen, dass wir Grüne dieses Straßenbauprogramm für überdimensioniert halten und so nicht mittragen können. Deshalb bringen wir heute auch unter TOP 6 einen Alternativvorschlag zur vorgesehenen „Resolution zum Straßenbau“ vor.

- **Zum Sozialhaushalt:**

Der Zuschussbedarf ist - auf hohem Niveau - stabil. Das ist erfreulich – trotz ständig neuer Herausforderungen, die Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt umzusetzen müssen. Ich nenne hier als Mamutaufgabe in diesem Jahr die Unterbringung der Asylbewerber. Viel Wichtiges wurde von meinen Vorrednern zum sozialen Bereich gesagt, ich möchte das nicht wiederholen. Aber ich habe mich über die Wertschätzung gefreut und werde Sie zu gegebener Zeit an Ihre Worte erinnern.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialdezernat zu danken für ihr großes Engagement und die gute Arbeit, die hier geleistet wird: präventiv, innovativ und nachhaltig. Sie haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan, dass wir als Landkreis sehr gut aufgestellt sind.

Zu begrüßen ist auch, dass das Sozialamt im Sinne der Subsidiarität nicht alle Aufgaben in eigener Regie bewerkstelligt, sondern mit freien Trägern und Kirchen zusammenarbeitet und so an mancher Stelle einen Mehrwert erwirtschaftet.

Genauso verhält es sich mit dem **Kinderschutzbund, von dem uns heute ein Antrag vorliegt** (höherer Zuschuss für den begleiteten Umgang für Kinder in Trennungs-Scheidungssituationen). Diese Ausgaben tragen wir als Grüne gerne mit. Es sind vergleichsweise kleine Beträge, die Gutes bewirken. An dieser Stelle wünschen wir Grüne uns von diesem Kreistag mehr Großzügigkeit und die Bereitschaft, sinnvolle Projekte zu unterstützen. Als ein Beispiel nenne ich den Antrag der Aidshilfe, der in diesem Jahr wieder diskutiert wurde und im Sozialausschuss leider keine Mehrheit fand. Bei den Summen, über die hier entschieden wird, könnten wir wichtige Dinge ohne Not fördern.

Herr Landrat, Sie haben in Ihrer Rede angekündigt, dass uns das Sozialdezernat in den nächsten Monaten noch einige konkrete Vorschläge vorlegt – vielleicht sogar ein Maßnahmenpaket zur Gestaltung des „Demographischen Wandels“ im Bodenseekreis. Sie alle erinnern sich: eine Klausurtagung 2010 zu diesem Thema stand am Beginn dieser Legislaturperiode. Mit Elan sind wir dieses Thema angegangen, wir haben Eckpunkte erarbeitet und Haben das Thema dann im Tagesgeschäft aus den Augen verloren. Das Thema brennt, da gebe ich dem Kollegen Zeller recht. Den Worten müssen Taten folgen, wenn man uns nicht nachsagen soll: als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Ich wünsche mir, dass dieser Kreistag baldmöglichst die Weichen dafür stellt. Und wir müssen Geld dafür in die Hand nehmen. Die Mittel muss dann der neue Kreistag genehmigen.

Die Grüne Fraktion stimmt dem vorgelegten Kreishaushalt für 2014 zu – mit dem Vorbehalt, dass wir die mittelfristigen Investitionen bis 2017 für den Straßenbau nicht mittragen.

Ich bitte dies, im Protokoll ausdrücklich zu vermerken.

Gerne schließe ich mich den herzlichen Dankesworten des Kollegen Amann an. Besser kann man es nicht sagen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

17. Dezember 2013, Christa Hecht-Fluhr (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen)